

- [Teilen](#)
- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

[Zurück zur Übersicht](#)

Pressemitteilung

Josef Rettenmaier für ein weiteres Jahr im Amt: Ehrenamtliche Ansprechperson für das Ombudswesen im Regierungsbezirk Stuttgart erneut ernannt

20.01.2022

Regierungsvizepräsidentin Sigrun von Strauch: „Josef Rettenmaier ist ein erfahrener Begleiter in der Flüchtlingsaufnahme“



Franz Pfluegl - stock.adobe.com

Josef Rettenmaier hat seine zweite Amtszeit als Ombudsmann für die Flüchtlingserstaufnahme im Regierungsbezirk Stuttgart angetreten. Ende vergangenen Jahres wurde die Entscheidung des Kabinetts zur unbefristeten Verlängerung des Ombudswesens in Baden-Württemberg getroffen. „Damit wird der hohe Stellenwert dieses Ehrenamtes nochmals bestätigt“, sagte Regierungsvizepräsidentin Sigrun von Strauch. Josef Rettenmaier, der 2019 als ehrenamtliche Ansprechperson für das Ombudswesen im Regierungsbezirk Stuttgart eingesetzt wurde, konnte in diesem Zuge für die Weiterführung des Amtes bis Ende 2022 gewonnen werden. „Mir ist bewusst, dass die Funktion der Ombudsperson in den vergangenen Monaten mit der Corona-Pandemie eine noch größere Herausforderung gewesen ist und sich dieser Themenbereich durch die steigenden Flüchtlingszahlen ständig verändert und erweitert. Umso mehr freut es mich, dass wir mit Josef Rettenmaier weiterhin einen erfahrenen und unabhängigen Begleiter in der Flüchtlingsaufnahme haben“, so von Strauch.

Rettenmaier wurde zum 1. August 2019 erstmalig zur ehrenamtlichen Ansprechperson für das Ombudswesen im Stuttgarter Regierungsbezirk bestellt. Seine Amtszeit wurde nun bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.

Die Ombudsperson fungiert als wichtige Schalt- und externe Anlaufstelle. Sie ist Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sowie für Geflüchtete und gibt wichtige Impulse aus der Bewohnerschaft der Landeserstaufnahme an die Regierungspräsidien weiter. „Ich danke Josef Rettenmaier, dass er diese Aufgabe weiterhin übernimmt und wünsche ihm hierfür viel Erfolg“, betonte die Regierungsvizepräsidentin.

„Ich bekleide weiterhin gerne diese wichtige Rolle und freue mich, dass ich zum Zusammenleben in der Landeserstaufnahme beitragen und auch Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sein kann“, erklärte Josef Rettenmaier.

Hintergrundinformationen:

Josef Rettenmaier wurde 1954 geboren. Er war bis 2019 23 Jahre Sozialdezernent des Ostalbkreises. Seit 2002 ist Rettenmaier ehrenamtlich im Aufsichtsrat des Kinder- und Jugenddorf Marienpflege tätig. Außerdem engagierte er sich fast 30 Jahre im Aufsichtsrat der VR-Bank Ellwangen-Röhlingen sowie als Vorstandsmitglied der Flurbereinigung Ellwangen/Rainau (A 7).

Die beim Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg angesiedelte Ombudsperson wird von je einer ehrenamtlich tätigen Ombudsperson in den vier baden-württembergischen Regierungspräsidien in Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen durch ihre Arbeit vor Ort unterstützt. Ombudspersonen setzen sich für Belange von Flüchtlingen, Ehrenamtlichen, Mitarbeitende von Organisationen, Institutionen und zuständigen Behörden, Bürgerinnen und Bürgern sowie Anliegerinnen und Anliegern von Erstaufnahmeeinrichtungen ein. Eine Ombudsperson ist neutral, unabhängig von Weisungen und entscheidet selbst über die Befassung mit Einzelfällen. Sie hat keine Weisungsbefugnis gegenüber Behörden und ehrenamtlichen Helfern und ist ausschließlich beratend tätig.

Die Ombudspersonen der Regierungspräsidien arbeiten eng mit der Ombudsperson des Landes beim Justizministerium zusammen. Die Auswahl und die Bestellung der ehrenamtlichen Ansprechpartner je Regierungsbezirk erfolgt durch die jeweiligen Regierungspräsidien.



Kategorie:

Abteilung 1 Flüchtlinge Regierungsvizepräsidentin